

Berliner Büro
PressestelleReinhardstraße 13
10117 BerlinIhre Ansprechpartnerin
Claudia Beck
Telefon-Durchwahl 030 28 44 47-43
Telefax 030 28 44 47-55
Claudia.Beck@caritas.de
www.caritas.de

Statement

Es gilt das gesprochene Wort!

Pressekonferenz zur Jahreskampagne 2016

„Mach dich stark für Generationengerechtigkeit“

**Dienstag, 12. Januar 2016, um 10:30 Uhr
im Berliner Büro**

„Kann die junge Generation künftige Lasten stemmen?“ fragt ein kleines Mädchen mit einer schweren Hantel. „Muss die nächste Generation für Zwei arbeiten?“ fragt ein kleiner Junge, der einen Gabelstapler hinter sich herzieht. „Hinterlassen wir der nächsten Generation zu viele Baustellen?“ fragt ein Junge, der sich mit einem großen Holzstück abmüht und zwei Kinder fragen: „Wie schweißen wir alle Generationen für eine gute Zukunft zusammen?“ Dies sind Motive unserer diesjährigen Kampagne: „Mach dich stark für Generationengerechtigkeit“.

Nach allen bisherigen Prognosen geht die Zahl junger Menschen in der Gesellschaft zurück, während die Zahl der älteren Menschen deutlich steigt. Genaue Voraussagen zu treffen ist schwierig, u.a. auch, weil wir nicht genau wissen, wie viele Menschen dauerhaft in unser Land einwandern. Sicher ist nur, dass sich das Verhältnis der Generationen radikal verändern wird. Was aber bedeutet das für eine Gesellschaft, wenn immer mehr ältere und immer weniger junge Menschen zusammenleben? Was bedeutet das für die Situation von Kindern und Jugendlichen, für die Finanzierung unserer Sozialsysteme, für die Versorgung bei Krankheit und Pflege? Mit diesen Fragen beschäftigen wir uns in unserer Kampagne „Mach dich stark für Generationengerechtigkeit“.

Dabei ist Gerechtigkeit kein statischer Zustand, sondern immer ein Prozess. Eine generationengerechte Gesellschaft ist ein Ideal, dem man sich immer wieder von neuem nähern muss. Letztlich also geht es um ein solidarisches Miteinander zwischen, aber auch innerhalb der Generationen.

Die heutige Generation der Großeltern unterstützt vielfach ihre Kinder und Enkelkinder mit Zeit und Geld. Diese Generation fordert zudem mit Recht, dass ihre Lebensleistung honoriert wird. So wurden in den vergangenen Jahren u.a. rentenpolitische Entscheidungen getroffen, deren Auswirkungen aber von den nachfolgenden Generationen geschultert werden müssen. Hier wird die Schwierigkeit generationengerechten Handelns sichtbar.

Die Frage nach solidarischem Handeln stellt sich somit nicht nur für gegenwärtig lebende Menschen sondern muss zwingend auch für künftige Generationen mitgedacht werden. Die deutschen Bischöfe haben 2011 in ihrem Sozialwort „Chancengerechte Gesellschaft“ deutlich gemacht: „Jede Generation muss [...] darauf achten, die Handlungsmöglichkeiten nachfolgender Generationen nicht über Gebühr einzuschränken. Die Generationengerechtigkeit ist dann verletzt, wenn zukünftige Generationen in ihren Lebensmöglichkeiten massiv eingeschränkt werden. Dies betrifft sowohl die Verantwortung für die Schöpfung als auch die Belastung künftiger Generationen in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht“.

Die Freiheit jeder Generation wird begrenzt durch die Verantwortung und Solidarität gegenüber anderen und künftigen Generationen. Die Sensibilität dafür zu erhöhen – dazu will die Caritas-Kampagne „Mach dich stark für Generationengerechtigkeit“ beitragen. Was das konkret heißen kann, soll an wenigen Beispielen deutlich werden.

Reformen im Bereich Gesundheit und Pflege

Die umlagefinanzierten Sicherungssysteme wie die Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung stehen durch den demografischen Wandel vor besonders großen Herausforderungen. Heute stehen 100 Personen im Erwerbsalter 34 Menschen gegenüber, die älter als 65 Jahre sind. 2060 werden es fast doppelt so viele sein.

Damit nachfolgende Generationen einen möglichst vergleichbaren Schutz in den Sozialversicherungssystemen erhalten wie die Versicherten heute, müssen zeitnah die Weichen gestellt werden, um die Pflege- und Krankenversicherungssysteme zukunftsfest zu machen. So setzen wir uns für eine tragfähige, solidarische und sozial gerechte Gestaltung der umlagefinanzierten Sicherungssysteme ein und sehen u.a. folgende Reformoptionen:

Wir brauchen einen Übergang zu einem einheitlichen Versicherungssystem: Die gesetzliche und die private Kranken- und Pflegeversicherung sollten unter gleichen Marktbedingungen konkurrieren.

Für die Beiträge der Sozialversicherungen sollen künftig auch Einnahmen herangezogen werden, die im Steuerrecht relevant sind und nicht nur Einnahmen aus unselbständiger Arbeit. Die Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung sollte auf das Niveau der Bemessungsgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung angehoben werden. Dies würde die Einnahmesituation der Kranken- und Pflegekassen verbessern.

Situation von Kindern und Jugendlichen

Nach Prognosen des Statistischen Bundesamtes wird es 2060 nur noch halb so viele unter 20-Jährige geben wie Menschen, die 65 Jahre und älter sind. Dies kann dazu führen, dass die Interessen junger Menschen nicht mehr ausreichend in Politik und Gesellschaft beachtet werden. Das birgt die Gefahr, diese Gruppe überwiegend aus arbeitsmarkt- und bevölkerungspolitischer Perspektive zu sehen.

So ist zu verhindern, dass die Interessen von Kindern und Jugendlichen künftig nachrangig behandelt werden. Wir fordern deshalb, dass junge Menschen gemäß der UN-Kinderrechtskonvention unterstützt und gefördert werden, damit sie ihre Interessen bei allen sie betreffenden kommunalpolitischen Entscheidungen auch wahrnehmen können. Dies gilt beispielsweise, wenn es um die Gestaltung des Stadtviertels und von Spielflächen geht oder bei der Nutzung von Jugendeinrichtungen oder Schwimmbädern.

Beteiligung sollte zum Leitprinzip aller Bildungseinrichtungen werden. Wir fordern die Bundesregierung deshalb auf, einen nationalen Aktionsplan zur altersgerechten Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zu entwickeln. So sollten die Themen Kinderrechte, das Recht auf Partizipation und Beschwerdemöglichkeiten in die Lehrpläne der Schulen und in die Bildungspläne von Kindertageseinrichtungen aufgenommen werden.

Auch über ein kommunales Wahlrecht für Jugendliche ist nachzudenken. Bislang können Jugendliche ab 16 Jahren bei Kommunalwahlen in zehn Bundesländern wählen. Es wäre zu prüfen, ob das Wahlalter auf kommunaler Ebene nicht bundesweit auf 16 Jahre abgesenkt werden sollte. Voraussetzung dafür ist, die Jugendlichen dabei zu unterstützen, dass sie sich bei den zur Wahl stehenden Fragen selbst ein Urteil bilden und die Tragweite der Wahl erkennen können.

Für Familien mit Migrationshintergrund würde eine Absenkung des Wahlalters nicht automatisch dazu führen, dass Kinder und Jugendliche ihre Interessen selbst wahrnehmen können. Hier ist es erforderlich, das Ausländerwahlrecht zu ändern. So fordern wir das kommunale Wahlrecht für alle Ausländer(innen), die seit mindestens fünf Jahren rechtmäßig in Deutschland leben und die eine Aussicht darauf haben, dauerhaft in Deutschland zu bleiben.

Bedeutung ökologischer Fragen

Nicht zuletzt müssen wir uns beim Thema der Generationengerechtigkeit insbesondere mit ökologischen Fragen auseinandersetzen. Bereits mit der Kampagne „Weit weg ist näher, als du denkst“ im Jahr 2014 haben wir auf die Auswirkungen individuellen Handelns auf die Umwelt weltweit hingewiesen. Nach wie vor aber setzen wir uns bei unserem Konsumverhalten nur sehr eingeschränkt mit den sich daraus ergebenden Folgen für künftige Generationen auseinander. Häufig geschieht dies aus Bequemlichkeit oder aus einem Mangel an Wissen. Aber gerade hier stellt sich die Frage der Generationengerechtigkeit besonders drängend.

Papst Franziskus hat in seiner Enzyklika *Laudato si* in aller Deutlichkeit geschrieben: „Wenn wir an die Situation denken, in der der Planet den kommenden Generationen hinterlassen wird, treten wir in eine andere Logik ein, in die des freien Geschenks, das wir empfangen und weitergeben.“ Danach braucht es sowohl solidarisches Handeln innerhalb der heutigen Generationen, als auch mit Blick auf künftige Generationen. „Welche Art von Welt wollen wir denen überlassen, die nach uns kommen, den Kindern, die gerade aufwachsen?“, fragt Papst Franziskus.

Wir sehen uns also in der Verantwortung, unseren Beitrag zu leisten, um – gemeinsam mit anderen – Lösungen zu suchen, die Antworten auf die Frage der Gerechtigkeit innerhalb und zwischen den Generationen geben können. Dabei dürfen die Generationen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Es braucht viel Fingerspitzengefühl und gegenseitigen Respekt, um die unterschiedlichen Anliegen und Interessen miteinander ins Gespräch zu bringen. Und genau das wollen wir unserer Kampagne „Mach dich stark für Generationengerechtigkeit“ erreichen; Aufmerksamkeit und Interesse wollen wir in der Öffentlichkeit und in der Politik wecken.

Welche Elemente zu dieser Kampagne gehören, wird Ihnen unsere Pressesprecherin Claudia Beck kurz vorstellen. Ich freue mich ganz besonders, dass wir heute Sebastian Krumbiegel, Sänger der Gruppe „Die Prinzen“, bei uns begrüßen können. Er engagiert sich als Wett-Pate für die Bundesgenerationenspiele, wofür ich ihm sehr herzlich danke. Was sich hinter den Bundesgenerationenspielen verbirgt, erfahren Sie gleich.

Deutscher
Caritasverband e.V.

Ebenfalls danken möchte ich der Agentur glow aus Berlin, die mit viel Kreativität die Kampagne mit ihren unterschiedlichen Modulen entwickelt hat. Und nicht zuletzt geht mein Dank an die Glücksspirale für die finanzielle Unterstützung der Kampagne.

Prälat Dr. Peter Neher
Präsident